

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 84. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. Februar 2009, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anette Langner (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellv. Vorsitzende

i.V. von Jürgen Feddersen

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/2940	
2. a) Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	6
Antrag der Fraktionen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2423	
b) Programm für Zukunft und Beschäftigung	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2425	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2429	
3. Bericht über die Situation am Ausbildungsstellenmarkt in Schleswig-Holstein	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2189	
4. Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherstellen	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2398	

5. Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland **11**

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2379

6. Verschiedenes **11**

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Langner, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/2940

hierzu: Umdrucke 16/3812, 16/3899

Einleitend moniert Abg. Matthiessen unter Rückgriff auf die hierzu bereits geführten Ausschussberatungen, dass er erfahren habe, dass der Runderlass eine Verlängerung erfahren habe. Es sei jedoch erforderlich, den Runderlass neu zu fassen. Darüber hinaus stellt er fest, dass diese Verlängerung des Runderlasses vonseiten der Landesregierung hätte angesprochen werden müssen.

Abg. Poersch betont, die Verlängerung des Runderlasses bis Ende des Jahres sei im Amtsblatt nachzulesen gewesen und sei insoweit allen bekannt gewesen beziehungsweise hätte allen bekannt sein können.

Im Folgenden tauschen die Ausschussmitglieder noch einmal die zum Antrag Umdruck 16/2940 im Ausschuss bereits vorgetragenen Argumente aus. Diese betreffen vor allem das laufende Verfahren zum LEP-Entwurf, die Festlegung auf 1 % der Landesfläche als Windeignungsfläche und die alleinige Festlegung auf Erdkabel.

Abg. Matthiessen beantragt für die Nummern 1 bis 9 Einzelberatung und Einzelabstimmung. - Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von Abg. Matthiessen und bei Enthaltung der Stimme von Abg. Dr. Garg wird dieser Antrag zum Beratungs- und Abstimmungsverfahren mit Mehrheit abgelehnt.

In der folgenden Abstimmung über den Antrag Umdruck 16/2940 in toto wird die Vorlage mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Stimme der FDP abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Antrag der Fraktionen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2423

b) Programm für Zukunft und Beschäftigung

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2425

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2429

(überwiesen am 29. Januar 2009)

hierzu: Umdruck 16/3991

Einleitend begründet Abg. Dr. Garg seinen Änderungsantrag Umdruck 16/3991 und geht dabei auf den zweiten Absatz in der Vorlage ein, in dem gefordert werde, „... dem Wirtschaftsausschuss eine Vorlage (zu) übermitteln, in der die genauen Förderrichtlinien, das konkrete Verfahren zur Abrufung der Fördergelder sowie die Absicherung der Finanzierung enthalten (seien).“

Abg. Callsen weist auf den Zeitpunkt der Einbringung des Ursprungsantrags Drucksache 16/2425 hin, der schon einige Zeit zurückliege. Inzwischen sei der Sachstand fortgeschritten, und er schlage deshalb vor, den MWV zu bitten, an dieser Stelle zunächst einmal ein aktuelles Bild der Maßnahmen des Konjunkturpakets II zur Sicherung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu zeichnen.

M Dr. Marnette stellt fest, dass die Modalitäten zum Konjunkturpaket II jetzt alle festgelegt seien, die Richtlinie, die nächste Woche ins Kabinett gehen werde, unter diesem Kabinettsvorbehalt erarbeitet worden sei. Nach Kabinettsverabschiedung werde die Richtlinie auch umgehend bekanntgegeben werden.

Abg. Dr. Garg insistiert, dass dann ja auch nichts dagegen spreche, dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion, Umdruck 16/3991, zuzustimmen.

Abg. Schröder appelliert, an dieser Stelle nicht Beschlüsse über Selbstverständlichkeiten herbeizuführen. Der MWV habe erklärt, dass nach der bisherigen Vorgabe das Kabinett am Dienstag der nächsten Woche über die Richtlinie beschließen werde. Danach werde sich der Wirtschaftsausschuss damit ebenfalls befassen. Allen sei klar und immer klar gewesen, dass bis zur Landtagstagung Ende Februar eine fundierte Beratungsvorlage vorliegen werde, und deshalb - so sei nur zu wiederholen - brauche man hier nicht darüber zu beschließen, weil man diese Vorlage tatsächlich zur Verfügung haben werde.

Abg. Callsen tritt dieser Auffassung von Abg. Schröder bei und erinnert noch einmal an die soeben gemachte Mitteilung vom MWV, dass die Richtlinie in der nächsten Woche im Kabinett verabschiedet werde. Jetzt einen Beschluss herbeizuführen, wonach der Landtag die Landesregierung dazu noch einmal auffordere, sei aberwitzig und deshalb überflüssig. Er spricht sich dafür aus, jedoch im Protokoll festzuhalten, dass der MWV dem Wirtschaftsausschuss umgehend die auch in dem Antrag genannten Punkte wie die Richtlinie, das Verfahren zur Abrufung der Fördergelder und so weiter zuleiten werde. Im Übrigen würden sich die Fraktionen in der nächsten Zeit ja auch noch im Wege der Beratungen über den Nachtragshaushalt mit diesem Thema befassen.

Nach diesen Einlassungen ändert Abg. Dr. Garg seinen Änderungsantrag Umdruck 16/3991 dahin: „Der Wirtschaftsausschuss wolle beschließen ...“

Die folgenden Abstimmungen haben die Ergebnisse:

Zu 2 a), Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung:

- Einstimmige Annahmeempfehlung zum Antrag der Fraktionen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/2423;

Zu 2 b), Programm für Zukunft und Beschäftigung:

- Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2429;
- Ablehnung des - wie vorstehend genannt - geänderten Änderungsantrags der Fraktion der FDP, Umdruck 16/3991, mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

- Annahmeerpfelung zum Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/2425, mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht über die Situation am Ausbildungsstellenmarkt in
Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2189

(überwiesen am 11. September 2008 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/3982

M Dr. Marnette erläutert auf der Grundlage des Umdrucks 16/3982 Aktualisierungen und Ergänzungen zum Bericht Drucksache 16/2189. - In der folgenden Aussprache thematisiert die stellv. Vorsitzende, Abg. Langner, zunächst die Situation der Altbewerber. Sodann fragt sie nach den Erfahrungen mit dem Ausbildungsbonus.

M Dr. Marnette erwidert, dass die Zahl der Altbewerber deutlich gesunken sei, sodass man feststellen könne, dass auch hier die Maßnahmen in einem erfreulichen Umfang gegriffen hätten. Zusätzliche Informationen werde er gern nachreichen. - Zum Ausbildungsbonus informiert RL Leopold, dass dem MWV nur eine Zahl Stand Ende November 2008 vorliege. Danach seien hier nicht sehr viele Förderfälle zum Zuge gekommen. Nach seiner Information handele es sich um rund 230, mithin um weniger als ursprünglich erwartet. Dieses Bild spiegele sich auch auf Bundesebene wider. Das Programm sei nicht so in Anspruch genommen worden, wie man es sich erhofft habe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2189, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherstellen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2398

(überwiesen am 28. Januar 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

M Dr. Marnette betont einleitend, der Sicherung des Nachwuchses in der Seeschifffahrt werde in Schleswig-Holstein ausreichend Rechnung getragen. Wenn es durch die Wirtschaftskrise im Augenblick scheinbar einen geringeren Bedarf gebe, dürfe dies das Land nicht davon abhalten, klar Kurs zu halten und weiter eine Ausbildung auf solider Basis sicherzustellen. Denn schließlich gehe es darum, im Auge zu behalten, wie sich die Gesamtsituation weiter entwickeln werde.

Bei der Ausbildung - so fährt M Dr. Marnette fort - gebe es jedoch ein Problem. Das betreffe die Besetzung von Fachhochschulprofessuren für das Fach Nautik, weil die meisten Bewerber von ihrem Werdegang her die formalen Einstellungs Voraussetzungen nach dem HSG nicht erfüllten. Dies korreliere mit dem Erfordernis, dass Bewerber hohe praktische Erfahrung aufweisen müssten. Das so beschriebene Problem müsse durch eine Novellierung des HSG gelöst werden. Die hier gebotene zügige Anpassung der formalen Kriterien an das Kriterium der Praxisreife der Bewerber um Fachhochschulprofessuren stehe aber ganz konkret auf der Agenda seines Hauses.

Die Frage von Abg. Dr. Garg, wann denn mit einer Vorlage zur Änderung des HSG zu rechnen sei, erwidert M Dr. Marnette, dass er dies zurzeit nicht sagen könne. Er bestätigt aber noch einmal den hier gegebenen dringenden Handlungsbedarf.

Zur Vergütung der Fachlehrer in diesem Bereich im Vergleich zu den Gehältern, die „auf Fahrt“ zu erzielen seien, weist M Dr. Marnette auf Fragen von Abg. Langner und Abg. Dr. Garg darauf hin, dass hier die Möglichkeit einer Vorweggewährung der Vergütung im Umfang von ein bis zwei Stufen nach der Entgelttabelle diskutiert werde.

Nach der Zusage von M Dr. Marnette, den Ausschuss über den Fortschritt der Punkte, die insoweit auf der Agenda des MWV stünden, zu berichten, nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2398, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2379

(überwiesen am 28. Januar 2009)

hierzu: Umdruck 16/3992

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss auf Antrag von Abg. Harms, Vertreter der IHK Flensburg und des Udviklingsråd Sønderjylland über die von ihnen gesehenen Möglichkeiten der Erarbeitung und Durchführung grenzüberschreitender Verkehrsinfrastrukturprojekte im deutsch-dänischen Grenzland auf der Grundlage des Antrags Drucksache 16/2379 und des Antrags Umdruck 16/3992 zu hören. Als Termin dafür wird die nächste Sitzung des Ausschusses am 11. März 2009 vorgesehen.

Unter Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

legen die Ausschussmitglieder Mittwoch, den 29. April 2009, nachmittags, als Termin für eine gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zum Thema Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals fest. Wegen weiterer Termine der Ausschussmitglieder an diesem Tag soll die Sitzung um 17:30 Uhr beendet werden.

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Langner, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Anette Langner
stellv. Vorsitzende

gez. Manfred Neil
Geschäfts- und Protokollführer